

Die Grenzen von Bürgerinitiativen (BI) als gesellschafts- politischer Ansatz für Wirtschafts- und Sozialräte (WSR) (Zu dem Beitrag von Wolfgang Sternstein in Heft 2/76)

Seit einigen Jahren werden Bürgerinitiativen (BI) in den Massenkommunikationsmedien und in der wissenschaftlichen Fachliteratur allgemein viel zu unkritisch als eine vernünftige und unterstützenswerte Einrichtung dargestellt. Zwar wird Kritik geübt, wenn die eine oder andere BI sich für ein Ziel einsetzt, für das sie sich besser nicht einsetzen sollte. Aber das ist selten; und an sehr wenigen BI wird kritisiert, sie setzten unangemessene Mittel ein. Selbst die Haltung der Kommunalverwaltungen hat sich von ursprünglicher Ablehnung zu mißtrauischer bis wohlwollender Duldung entwickelt, obwohl gezielte Regelverletzungen zu den Aktionsformen von BI gehören, wenn auch zu den seltenen¹.

So ist man sich ringsum einig, daß BI insgesamt sinnvoll sind und daß es deshalb gut ist, daß BI mittlerweile zum alltäglichen Bestandteil unseres sozialen und politischen Lebens gehören². Man schätzt die Verbreitung von BI mittlerweile auf ca. 4000 mit insgesamt ca. 120 000 Aktiv-Mitgliedern für das Gebiet der Bundesrepublik³. Wie fragwürdig solche Schätzungen sind, wird bei Beachtung der Unschärfe des Begriffs klar.

Zweifellos sind BI in bestimmter Hinsicht vernünftige Einrichtungen. Spontane Aktivitäten, wie man sie heute mit dem Namen BI verbindet, sind für das Funktionieren menschlicher Gesellschaft überhaupt notwendig. Deshalb hat es viele Aktivitäten, die heute BI genannt werden, unter anderer Bezeichnung immer schon gegeben.

Diese Aussage über BI trifft allerdings dann nicht zu, wenn man den Begriff derart eingrenzt, daß z. B. „Problemlösungen durch Selbsthilfemaßnahmen“ nicht eingeschlossen sind. Auf solche definitorische Willkür muß aber verzichtet werden, weil der Begriff BI mittlerweile zu einem Allgemeinbegriff des täglichen Lebens geworden ist. Die Übergänge zu den verschiedensten anderen sozialen und politischen Aktivitäts- und Organisationsformen sind fließend⁴.

In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (GMH) haben verschiedene Autoren schon zu BI Stellung genommen.

1 Vgl. Kodolitsch, Paul v., „Gemeindeverwaltungen und Bürgerinitiativen“ in: Archiv für Kommunalwissenschaften II, 1975, S. 264—278.

2 Vgl. Alemann, Ulrich v. (Hrsg.), „Partizipation — Demokratisierung — Mitbestimmung“, Opladen 1975, (bes. S. 98—102), mit ausführlicher Literaturübersicht.

3 Vgl. Kodolitsch a.a.O., S. 271—273, mit weiteren Nachweisen.

4 Vgl. ders., S. 273—275.

Olaf Radke hat z. B. die Verbindung zwischen gewerkschaftlichen Überlegungen zum Umweltschutz und BI kritisch behandelt. Er stellt fest, der Anspruch der BI, durch Selbstbestimmung der Menschen zu einer menschlichen Umwelt beizutragen, sei irreführend (GMH 9/72, S. 562—569). Um diesen Anspruch einlösen zu können, bedürften die spontanen Initiativen in jedem Falle der wirkungsvollen Organisation. Durch die demokratisch legitimierte Form der Zielfeststellung, Durchsetzung und Kontrolle in den Gewerkschaften könne eine bloß kleinbürgerliche Interessenwahrung, die in BI oft vorherrsche, vermieden werden. Wenn diese Art von Zielfeststellung, Durchsetzung und Kontrolle nicht durch die demokratischen Organisationen der Arbeitnehmer selbst vollzogen würde, bestände die Gefahr der Durchsetzung partikularer Interessen. Die Mitbestimmung über den Umweltschutz müsse sich durch die Organisationen vollziehen, die die Arbeitnehmer sich selbst geschaffen haben; nur dieser Weg sei dauerhaft und wirkungsvoll.

Klaus v. Beyme erwähnt BI anlässlich seiner Überlegungen zur Rolle der Gewerkschaften im politischen System der Bundesrepublik ganz nebenbei (GMH 4/75, S. 209 bis 218; 216 f.): Es verstärke sich wieder die traditionelle Schwäche des deutschen Organisationswesens im Überwiegen der wirtschaftlich orientierten Verbände und im Fehlen politischer Vereinigungen und Staatsbürgerverbände. Dieses Vakuum werde in Krisenzeiten durch Ad-hoc-Organisationen oder BI auszugleichen versucht. Als überwiegenden Einzelzweckvereinigungen (*single-purpose-movements*) sei ihnen bisher aber allenfalls beim Ankoppeln an Parteien oder Gewerkschaften ein mehr als momentaner Erfolg beschieden gewesen.

Es könnte nun so scheinen, als sei solchen reservierten Stellungnahmen eine deutliche Widerlegung zuteil geworden mit *Wolfgang Sternsteins* überschwenglicher Hymne auf BI (GMH 2/76, S. 76—85).

Aber der Schein trügt.

Sternstein simplifiziert das „Lehrstück Wuhl“ und täuscht damit theoretische Betrachtung vor; das „Lehrstück Wuhl“ enthebt aber nicht theoretischer Reflexion, denn es ist nicht ein Lehrstück dafür, wofür es von Sternstein ausgegeben wird.-

Für Sternstein steht fest: „Der staatliche Machtapparat erwies sich als unfähig, den Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung zu brechen.“ Und außerdem, daß die BI sich „aus einer hübschen Verzierung am Gebäude des parlamentarischen Regierungssystems in einen Machtfaktor“ verwandelt haben.

Sternstein behauptet, der Bürger nehme mit den BI die an den Abgeordneten delegierte Souveränität wieder zurück und übe sie in eigener Verantwortung aus. Er eigne sich die ihm entfremdete politische Gewalt mittels der BI wieder an, überlasse die Politik nicht länger den Politikern, sondern er kümmere sich selbst (wieder?) darum.

Neben diesen wichtigen Funktionsänderungen im parlamentarischen Regierungssystem glaubt Sternstein auch noch weitere weltbewegende Prozesse bemerken zu können, in deren Zentrum die aus „selbstverschuldeter Unmündigkeit“ befreiten initiativ werdenden Bürger stehen: „Ansatzweise Verwirklichung eines vereinten Europas, das aus zahlreichen sich weitgehend selbstverwaltenden und selbstregierenden Regionen besteht.“

Wenn es nach Sternstein ginge, so dürften die Parlamente zwar bleiben, aber ihre Funktion würden die BI übernehmen: „In Verbindung mit einer mutigen Presse und einer kritischen Öffentlichkeit übernehmen die BI damit die Funktion der Kontrolle der Regierung, die im parlamentarischen System ursprünglich dem Parlament zugedacht war“ (vgl. demgegenüber z. B. GMH 5/73).

Zum Schluß allerdings, nachdem diese schönen Illusionen dermaßen aufgepustet wurden, geht ihnen dann aber doch noch die Luft aus.

Dann sagt Sternstein endlich doch noch knapp, was BI sind und was sie im Gegensatz zu dem vorausgehend Behaupteten nicht sind, nämlich: „Initiativen verantwortungsbewußter, couragierter Bürger, die der Versuchung widerstehen, sich durch feste Organisationsstrukturen und hauptamtliche Funktionäre in Interessenverbände oder Parteien zu verwandeln, die sich am Spiel um die Macht beteiligen“. Von dieser Bestimmung aus müssen dann doch noch die vorangehenden großen Worte in Zweifel gezogen werden. BI sind nach Sternstein also einerseits ein „Machtfaktor“, aber andererseits widerstehen sie der Versuchung, sich „am Spiel um die Macht zu beteiligen“.

Worin besteht dann aber dieses Machtfaktor-Sein? Dazu muß man sich näher ansehen, was als Erfolg der BI in Wyhl abgebucht wird.

Die Existenzbedrohung der Kaiserstühler Bauern schaffte den Anstoß dafür, daß diese sich und ihre Mitbürger über die Nachteile und über die Gefahren von Atomkraftwerken aufklärten. Diese Aufklärung mit der dafür notwendigen Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Findigkeit leisteten die BI. Sie setzten dabei nach Sternstein folgende Mittel ein: Die Gerichte, Spezialisten aus den Universitäten und ihre Gemeindeverwaltungen. Da sie Solidarität aktivieren konnten, wurden sie auch für die Massenkommunikationsmittel interessant. Da sie politisch aktiv wurden, konnten sie ihr Problem auch zum Problem der Parteien machen.

Die BI waren offenbar hier wie auch sonst nur insoweit ein scheinbarer Machtfaktor, wie es ihnen gelang, gesellschaftliche Machtfaktoren (Justiz, Wissenschaft, Gemeindeverwaltungen, Massenkommunikationsmedien, Parteien) zu aktivieren, sie hatten damit also, wie üblich, ausschließlich vermittelnde Wirkung als *Machtkatalysatoren*.

Sie boten nicht dem staatlichen Machtapparat Widerstand, wie es Sternstein behauptet, sondern sie benutzten Teile des staatlichen Machtapparates (Gemeindeverwaltung, Verwaltungsgerichte) gegen andere Teile des staatlichen Machtapparates (z. B. den „strengen Landesvater“ nebst Polizei und Staatsanwaltschaft). Die BI nahmen auch nicht „die an den Abgeordneten delegierte Souveränität wieder zurück“, sondern sie benutzten gerade den Legitimationszwang der politischen Parteien und Abgeordneten, damit diese sich für die Ziele der BI einsetzten. Sie zeigten also nicht die „Krise der repräsentativen Demokratie und des parlamentarischen Regierungssystems“, sondern sie zeigten eine der beiden Möglichkeiten, mit denen dieses System bisher auf BI reagiert: entweder harte Konfrontation oder Nachgeben, falls das opportun erscheint (vgl. Kodolitsch S. 275 f.).

Offenbar haben die BI auch noch nicht soviel „alemannische Identität“ herausgebildet, daß die Staatsgrenzen zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und der Schweiz endgültig überwunden wären. Die Staatsgrenzen bestehen noch!

In Anlehnung an Radke (vgl. oben) kann man folgendes feststellen: Sternstein erweckt illusionäre Hoffnungen, indem er BI als Selbstbestimmung der Menschen bei der Wirtschafts- und Sozialplanung feiert. Um dieses Ziel verfolgen zu können, aktivierten die spontanen Initiativen Teile der organisierten staatlichen und gesellschaftlichen Einflußstrukturen; sie stellten damit die Gesamtstruktur in keiner Weise in Frage.

Wenn die BI vergangen sind, so lassen sie dieselben Entscheidungsstrukturen und dieselben Machtfaktoren zurück, die sie bei Beginn ihrer Tätigkeit angetroffen haben. Aber gerade die bestehenden Entscheidungsstrukturen und die bestehenden Machtfaktoren führen zu den Entscheidungen, gegen deren unsinnigste und gefährlichste sich *manchmal* BI entwickeln. Es ist sicher öfter so, daß Fehlentscheidungen ganz einfach hätten vermieden werden können. In solchen Fällen wirken BI oft als nachträglicher und ausreichender Anstoß, den Fehler rückgängig zu machen.

Es ist aber nur zu oft so, daß von BI angegriffene Fehler zwar für die BI und für Teile der öffentlichen Meinung als Ergebnis von Fehlentscheidungen erscheinen, daß diese Entscheidungen aber bei näherem Hinsehen sich als Entscheidungen erweisen, wie sie aufgrund der bei uns herrschenden Entscheidungsstrukturen und Machtkonstellationen überhaupt nicht anders möglich sind und deshalb in gleicher oder ähnlicher Weise ständig vorgenommen werden. Und in solchen Situationen können BI zum Ärgernis werden, weil sie Illusionen darüber erzeugen, wie Entscheidungen der angegriffenen Art üblicherweise getroffen werden. Günstigstenfalls sehen die BI dann noch, daß der Mangel, den sie anprangern, in diesem Einzelfall als Ausdruck eines allgemeinen Mangels erscheint. Und sie weisen u. U. auch darauf hin, daß eben mehr nicht in ihren Kräften steht, als sich gegen den Einzelfall zu wehren, obwohl eigentlich der allgemeine Grund zu bekämpfen wäre. Dann wehren sich die BI zwar mit einem unbrauchbaren Instrument gegen die Auswirkungen eines allgemeinen Prinzips, aber sie sind sich über die Begrenztheit ihres Widerstandes bewußt.

In den meisten Fällen zeigen BI aber ein erschreckendes Maß an Naivität, wenn sie sich gegen solche Auswirkungen allgemeiner Regeln in einem speziellen Fall wehren. Deshalb ist die Teilnahme an einer BI keineswegs ein eindeutiges Identifikationsmerkmal für das, was Sternstein „verantwortungsbewußte und couragierte Bürger“ nennt. Deshalb darf „Teilnahme an BI“ auch nicht einfach als gleichbedeutend mit „politischem oder gesellschaftlichem Engagement“ (vgl. GMH 7/74, S. 441) behandelt werden. Zur Teilnahme an BI gehört nicht nur, ein verantwortungsbewußter und engagierter Bürger zu sein, sondern es gehört vor allem dazu, nur in einigen Bereichen von Fehlentscheidungen und Versäumnissen angegriffen zu sein, d. h. in der einen oder anderen Weise privilegiert zu sein. Andernfalls sind die Berührungspunkte mit Fehlentscheidungen und Versäumnissen derart, daß sie als durchgängige Strukturmerkmale und nicht als vereinzelte Druckpunkte erlebt werden; solche Erfahrungen müssen aber entweder zur Resignation führen oder auf andere Interessenvertretung als durch BI.

Deswegen ist auch nicht erstaunlich, wenn festgestellt wird, eins der wenigen eindeutigen Ergebnisse der wissenschaftlichen Beschäftigung mit BI sei es, daß Angehörige der Mittelschicht, vor allem Akademiker, das Bild fast aller BI prägen⁵.

Der entscheidende Mangel in Sternsteins Darstellung liegt darin, daß er den Eindruck erweckt, als seien BI ein angemessenes und wirksames Mittel, um über das Ob, das Wie, das Wo und das Wann des Aufbaus einer Atomkraftindustrie zu entscheiden. Dazu sind BI aber denkbar ungeeignet.

Solche Fragen müssen in diesem wie in ähnlichen Fällen beantwortet werden, lange bevor man zum Bau des ersten Kraftwerkes kommt.

Die Beantwortung dieser Fragen bewegt schon lange vor dem schließlichen Baubeginn riesige Investitionen und schafft damit Sachzwänge aufgrund vollendeter Tatsachen, wenn Investitionen nicht einfach vergeudet sein sollen. Wenn überhaupt eine Beteiligung der Bevölkerung an solchen Entscheidungen stattfinden soll, dann muß sie stattfinden, lange bevor sich eventuelle falsche Entscheidungen zu Sachzwängen verdichtet haben und nur noch um den Preis enormer Verluste oder gar nicht mehr rückgängig gemacht werden können, wie bei der Kernkraftindustrie.

Eine solche Beteiligung der Bevölkerung schon beim Entwerfen und bei der Planung zukünftiger Lebensbedingungen kann wegen der Länge' und der Permanenz der Ent-

⁵ Vgl. Alemann a.a.O., S. 100.

wicklungsprozesse in den verschiedenen Entscheidungsbereichen nur durch feste und dauerhafte Organisationsstrukturen ermöglicht werden.

Entwurf und Planung zukünftiger Lebensbedingungen im Rahmen solcher festen und dauerhaften Organisationsstrukturen haben bisher nahezu ausschließlich die großen Wirtschaftsunternehmen geleistet. Von dort aus sind dann die Impulse auf die politischen Institutionen ausgegangen.

Den strukturell aus den bestehenden Regelabläufen sich ergebenden Macht-Vorsprung herrschender kapitalorientierter Interessenvertretung hat letztlich *Gerhard Himmelmann* wieder aufgezählt (GMH 2/76, 'S. 75): Investitions-Attentismus, Kapitalflucht, Produktionsverlagerung, Produktionsdrosselung, Gewährung oder Entzug von Fachinformation und Sachverstand (für Parteien, Regierungen und Verwaltungen) und die Berücksichtigung dieser Möglichkeiten durch Präventivverhalten der politischen Institutionen.

Für unser Gesellschaftssystem ist es charakteristisch, daß die Initiative, die Entwürfe und die Planung für zukünftige Wirtschaftsentwicklung hauptsächlich in autonomen Wirtschaftsunternehmen durchgeführt werden. Weil diese Art der Zukunftsplanung immer unzureichender wird, plädiert *Georg Benz* in Übereinstimmung mit den DGB-Forderungen für mehr Einfluß der Gewerkschaften⁶. Er stellt fest, daß große Unternehmen heute eine Investitionsplanung haben, die sich über drei bis fünf Jahre, manchmal sogar über einen längeren Zeitraum, erstreckt. Eine solche Investitionsplanung ist immer begrenzter korrigierbar, je weiter der Ablauf fortschreitet. Und diese langfristigen Investitionsentscheidungen bestimmen in immer stärkerem Umfang unser aller Leben, nicht nur die Fragen, die mit Atomenergienutzung zusammenhängen, sondern auch z. B. die weltweite Währungsproblematik oder die weltweiten Überkapazitäten, die zum Verdrängungswettbewerb führen und dazu, daß ein finanziell starkes, multinationales Unternehmen den Markt erobert und die anderen totschlägt. Benz weist auf die entscheidende Voraussetzung hin, die angesichts dieser Situation für eine Beteiligung der Bevölkerung gefordert werden muß: Informationen über die gesamten Investitionsvorgänge.

Man müßte die Unternehmensstrategien mit einkalkulieren können, um weltweite Fehlentwicklungen überhaupt beeinflussen zu können. Nur so könnte sich die Bevölkerung gegen diejenigen wirtschaftlichen Kräfte im Lande schützen, die ihre Investitionspolitik ausschließlich nach der Gewinnerwartung konzipieren und international gegen die Kräfte, die ohne Rücksicht auf Folgewirkungen in einzelnen Ländern ihre internationale Konzernstrategie nach dem höchstmöglichen Profit auslegen.

Daß die Beteiligung an Zukunftsentscheidungen von der Größenordnung einer Atomkraftindustrie die Möglichkeiten von BI weit übersteigt, scheint auch Sternstein irgendwie zu ahnen; andernfalls ist unerklärlich, warum er im letzten Teil seines Beitrages die BI überhaupt nicht mehr erwähnt. Allerdings fehlt ihm offenbar die Möglichkeit, den Bezug zwischen BI und Atomkraftindustrie und Gewerkschaften zu vermitteln.

Eine solche Vermittlung hat Radke allerdings schon geleistet, indem er darauf hinwies, daß nur in starken und demokratisch strukturierten Organisationen der Arbeitnehmer einerseits der Gefahr der Durchsetzung von Partialinteressen wirksam begegnet werden kann und andererseits nur auf diese Weise eine demokratisch legitimierte Form der Zielfestsetzung, der Durchsetzung und der Kontrolle gewährleistet werden kann. Dabei macht Radke auch darauf aufmerksam, daß eine im Interesse der Allgemeinheit notwendige Ressourcenplanung eine alte gewerkschaftliche Forderung war und weiter

⁶ In Liesegang, Helmuth C. F. (Hrsg.), „Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin, New York 1975, S. 186—189.

sein wird, und daß die gesamtgesellschaftliche Verantwortung dabei nicht von der Industrie, sondern nur durch Beteiligung intakter demokratischer Organisationen wahrgenommen werden kann..

Einer Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern an den Planungsentscheidungen und -kontrollen steht bisher entgegen, daß die zugrunde liegenden Entscheidungsstrukturen nicht auf allgemeinen Interessenausgleich hin angelegt sind, sondern auf Durchsetzung von Partialinteresse gegen andere Partialinteressen.

Zwar sind auch heute schon Gewerkschaftsvertreter in größerer Zahl in Planungsbeiräten vertreten, aber diese Art der Beteiligung ist in keiner Weise den Notwendigkeiten angemessen, die Interessen der Arbeitnehmer zur Geltung zu bringen (vgl. z. B. GMH 12/73, S. 780 f.; GMH 1/75, S. 33 ff.). Aber solange nicht alle wichtigen Fakten transparent sind, haben die Gewerkschaften in erheblichem Umfang Schwierigkeiten, eine Beteiligung vor den Mitgliedern zu legitimieren (vgl. Benz a.a.O.).

Erst ein Offenlegen aller entscheidenden Einflußfaktoren kann dazu führen, daß den Gewerkschaftsmitgliedern und der Bevölkerung sachkundiges Urteilen und Beteiligen ermöglicht wird. Solange diese allgemeine Informierung nicht strukturell gesichert ist, sind auch Gewerkschaftsvertreter nicht davor gefeit, sich für Partialinteressen einzusetzen, genauso, wie es für BI charakteristisch ist (vgl. z. B. Görg/Leibinger/Selke GMH 1/75, S. 46 f.).

Eine angemessene Beteiligung von Gewerkschaften und Bevölkerung bei langfristigen Planungsprozessen wird deswegen erst stattfinden können, wenn die Gewerkschaften die Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten (WSR) durchgesetzt haben werden. Erst dadurch wird eine strukturelle Sicherung dafür gegeben, daß Planungsinformationen zu einer Zeit verfügbar sind, zu der sie noch die Planung beeinflussen können. Dadurch würde auch BI, die auf grundlegende Mängel hinweisen, die Möglichkeit gegeben, ihr spontanes Potential konstruktiv einsetzen zu können. Solche BI hätten in den WSR eine gesellschaftlich legitimierte Ziel-Instanz, die die Anregung und Kritik der BI auch konstruktiv wenden könnte und nicht nur beruhigende oder abwiegelnde Funktion hätte, wie die heute bestehenden Institutionen, die keine andere Möglichkeit haben ⁷.

Nur auf diese Weise werden Fehlentwicklungen gigantischen Ausmaßes und chaotische Reaktionen der Bevölkerung vermieden werden können. Nur auf diese Weise wird sich auch das Problem einer zukünftigen Atomkraftenergie lösen lassen. Sternstein hat zwar Recht, wenn er sagt, daß die Frage, ob Atomkraftwerke gebaut werden sollen oder nicht gebaut werden dürfen, keine klassenspezifische Frage sei. Und er hat auch recht, wenn er darauf hinweist, daß die falsche Beantwortung dieser Frage heute nicht mehr wie früher bei anderen Fragen klassenspezifische Ergebnisse zeitigt. Es ist richtig, daß selbst der Großkapitalist, der an Atomkraftwerken verdient, kein Interesse daran haben kann, bei einem atomaren Unfall umzukommen oder mißgebildete Kinder zu haben.

Aber Sternstein unterläßt den entscheidenden Hinweis darauf, daß es offenbar nach wie vor klassenspezifische *Antworten* auf solche und ähnliche Fragen gibt. Die Antwort der Kapital-Seite ist bisher Geheimhaltung, die von den Gewerkschaften geforderte Antwort ist umfassende Information und Institutionalisierung eines gesellschaftlichen und leistungsfähigen Organs zur Abklärung und produktiven Verarbeitung der Informationen in Form von WSR.

Ohne umfassende Informationen werden in Zukunft — und zwar nicht nur in der Kernkraftindustrie — Katastrophen bisher unbekanntem Ausmaßes unvermeidbar sein.

⁷ Vgl. Kodolitsch a.a.O., S. 275 f.

Aber es ist nicht nur wichtig, die Ziele zu kennen, sondern es ist darüber hinaus entscheidend, daß die als richtig erkannten Ziele erreicht werden, und es ist wichtig zu wissen, wie man sie erreicht (vgl. Vetter GMH 1/73, S. 10 f.; Leminsky GMH 12/73, S. 759 ff.).

Gesellschaftspolitisch ist es deshalb wichtig, die Bedingungen für die Verwirklichung einer Konzeption wie die der WSR zu analysieren. Dabei kommt es besonders darauf an, daß die gewerkschaftlichen Ziele mit Forderungen verbunden werden, die den Arbeitnehmern unmittelbar einsichtig sind und die sie als existenziell für ihre Lebenslage ansehen (vgl. Leminsky GMH 12/73, S. 759).

Auf kommunaler Ebene als der konkretest erfahrbaren Ebene kann am anschaulichsten die Verbindung zwischen Lebensmöglichkeiten und Planungserfordernissen vermittelt werden. Die Problemlage des gesamten Themenkomplexes „Mitbestimmung an gesellschaftlicher Planung“ kann deshalb am anschaulichsten auf dieser Ebene vermittelt werden (vgl. Görg/Leibinger/Selke GMH 1/75, S. 46 ff.).

Unser Projekt hat auf kommunaler Ebene eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu Problemen von Stadtplanung, Stadtsanierung und Bürgerbeteiligung in einem Bezirk (Berlin-Kreuzberg) durchgeführt, in dem seit Jahren sehr umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Da wir jetzt bei der Auswertung dieser Befragungsdaten sind, werden wir die Ergebnisse in Kürze veröffentlichen können. Dabei werden wir die Ergebnisse auch vor dem Hintergrund der hier diskutierten Probleme interpretieren können, und die hier entwickelten Ergebnisse berücksichtigen können.

Diplom-Soziologe "Trutz Trommer, Berlin

